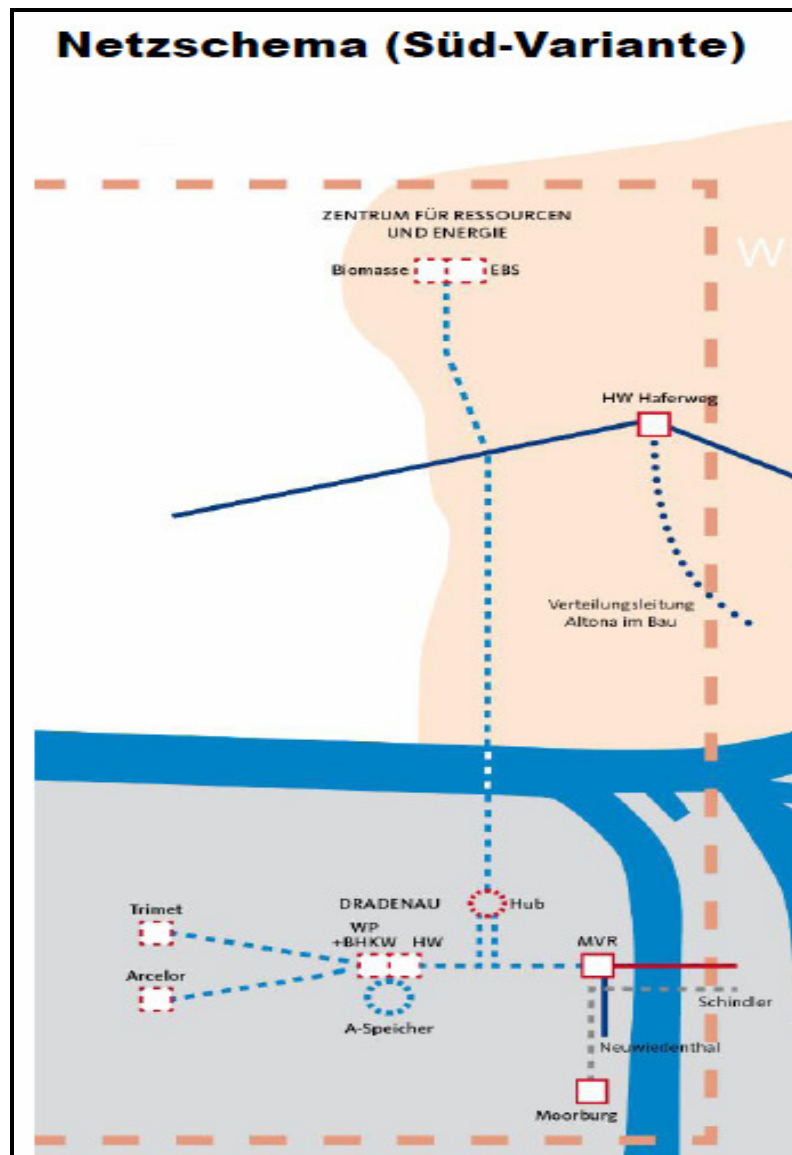


# Die Moorburgtrasse 2.0

Warum die Hamburger Behörde für Umwelt und Energie für eine **Moorburgtrasse** kämpft, die die frühere Hamburger Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt verhindern wollte.



V 1.0, 16. Dezember 2017

Prof. Dr. Dietrich Rabenstein, HCU Hamburg

<sup>1</sup> Bild von einer Präsentation von Dr. Beckereit im Energienetzbeirat am 23.11.2017

## 1. Der Richtungswechsel der Hamburger Grünen

Der Aufsichtsrat der Vattenfall Wärme Hamburg GmbH (VWH) beschloss am 15. Dezember 2017 6,8 Millionen Euro an Planungsmitteln für eine neue Fernwärmetrasse in Richtung des Heizkraftwerks (HKW) Moorburg freizugeben. Der Bau dieser neuen Fernwärmetrasse vom städtischen Fernwärmenetz nördlich der Elbe zur Müllverbrennungsanlage Rugenberger Damm (MVR) südlich der Elbe und von da aus weiter zu Vattenfalls Steinkohle-Heizkraftwerk Moorburg ist Teil der „Südvariante“, mit der das uralte, störanfällige Heizkraftwerk Wedel ersetzt werden könnte (Bild auf Seite 1). Die beiden Partner Vattenfall und Senat der Stadt Hamburg gaben in getrennten Mitteilungen bekannt, dass sie zwar beide grundsätzlich die Südvariante verfolgen wollten. Über deren Ausgestaltung konnte aber kein Konsens erzielt werden. Vattenfall will möglichst viel Kohle-Fernwärme aus dem HKW Moorburg in das zentrale Fernwärmenetz Hamburgs einspeisen. Die grün geführte Hamburger Behörde für Umwelt und Energie (BUE) will das weitgehend vermeiden.

Abgesehen von diesem Streit ist der Vorgang mindestens aus zwei Gründen bemerkenswert:

- Die Hamburger Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) hatte sich unter grüner Führung ab dem Jahr 2010 wegen massiver Bürgerproteste dafür stark gemacht, das erste Projekt einer Moorburgtrasse zu stoppen.<sup>2</sup> Die Hamburger Behörde für Umwelt und Energie (BUE) unter einem grünen Senator Kerstan setzte sich jedoch seit dem Herbst 2016 massiv und mit fragwürdigen Mitteln für die neue Variante der Moorburgtrasse ein.
- Zwischen der von Grünen geführten Hamburger Behörde für Umwelt und Energie und den Hamburger Umweltinitiativen entstand so ein tief greifender Dissens. Sogar innerhalb der Hamburger grünen Partei rumort es merklich.

## 2. Die Vorgeschichte

Um den erstaunlichen Richtungswechsel der Hamburger Grünen zu verstehen, muss man ziemlich weit zurückgehen. Nicht nur die Interessen des Konzerns Vattenfall müssen dabei betrachtet werden, sondern auch das ungeschickte Verhalten des Hamburger Senats und die bemerkenswerten Erfolge der Hamburger Umweltbewegung.

Zwischen 1997 und 2002 verkaufte der Hamburger Senat die Hamburgischen Electricitätswerke AG (HEW). Das Stromnetz und das zentrale Fernwärmesystem gingen an den schwedischen Energiekonzern Vattenfall, das Gasnetz an E.ON. Es kann nicht überraschen, dass beide Konzerne konsequent ihre Profitinteressen verfolgten, die in vielem nicht dem Gemeinwohl der Hamburger entsprachen. Mitte 2004 kündigte Vattenfall an, in Hamburg-Moorburg ein **Steinkohle-Heizkraftwerk** bauen zu wollen. Die CDU-Umweltstaatsrätin Gundelach animierte den Konzern im Mai 2006 zu einem doppelt so großen Kraftwerk als von Vattenfall geplant. Nach langem Hin und Her sah sich am 30. September 2008 die inzwischen grün geführte Stadtentwicklungsbehörde gezwungen, die Genehmigung für dieses Steinkohle-Kraftwerk zu erteilen. Im Juni 2009 wurde schließlich auch die erste Moorburgtrasse genehmigt. Über diese Fernwärmeleitung wollte Vattenfall das zentrale Wärmenetz Hamburgs mit Fernwärme aus dem Steinkohle-Kraftwerk Moorburg versorgen.

Als Reaktion darauf setzte sich eine von Hamburger Umweltverbänden, der Verbraucherzentrale Hamburg und kirchlichen Organisationen getragene **Volksinitiative** „Unser Hamburg – unser Netz“ für den Rückkauf der Hamburger Energienetze ein. Sie konnte sich am 22. September 2013 gegen

---

<sup>2</sup> Rabenstein, D. u. a.: Nord-Szenario oder Süd-Szenario für den Ersatz des Heizkraftwerks Wedel? V 1.1, 13.9.2017. Anhang B: Zur Geschichte der Moorburg-Trassen.

eine mächtige Gruppierung aus der Regierungspartei SPD, den Parteien CDU und FDP, der Handelskammer, der Hamburger Industrie, einzelnen Gewerkschaften und den meisten Medien durchsetzen. Der Gewinn dieses Volksentscheids fand internationale Aufmerksamkeit.

Im Juli 2009 war mit dem Bau der „Moorburgtrasse 1.0“ begonnen worden. Die Bauzeit sollte drei Jahre betragen. Viereinhalb Jahre nach dem Baubeginn, stellte der SPD-Fraktionsvorsitzende fest, die Moorburgtrasse sei durch den Volksentscheid abgewählt worden.

### 3. Das Problem: Der Vertrag zwischen Senat und Vattenfall

Noch während des Volksbegehrens „Unser Hamburg – unser Netz“ handelte der allein von der SPD gestellte Senat mit Vattenfall und E.ON eine städtische Beteiligungen an den Netzgesellschaften von nur 25,1% aus.<sup>3</sup> Damit sollte dem Volksbegehren der Wind aus den Segeln genommen werden.

Da der gewonnene Volksentscheid Gesetzeskraft besitzt, mussten der Erste Bürgermeister und die Bürgerschaft ihn anerkennen und umsetzen. Der Senat schloss mehrere Verträge mit Vattenfall.<sup>4</sup> Der Vertrag zum Rückkauf des zentralen Fernwärmesystems war sehr schlecht für Hamburg und gut für Vattenfall. Schon zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses im Februar 2014 war das zu erkennen. Seither wurden die Fehler immer offensichtlicher.<sup>5</sup> Sie gefährden jetzt sogar den Rückkauf des Fernwärmesystems, der für den 1.1.2019 vorgesehen ist.

Zunächst einigten sich der Senat und Vattenfall darauf, kein Gas- und Dampfkraftwerk in Wedel als Ersatz für das dortige Steinkohle-Heizkraftwerk bauen zu lassen. Denn die energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen hatten sich zu Ungunsten eines solchen GuD-Kraftwerks geändert. Ab dem 15. 12. 2015 gilt nun vertraglich das so genannte „Alternativ-Szenario“. Dieses sieht vor, dass sich Vattenfall und die FHH auf eine Ersatzlösung für das HKW Wedel **einigen** müssen:<sup>4</sup>

Investitionsentscheidungen der Wärmegesellschaft Hamburg werden nach Beratung im Aufsichtsrat in der Gesellschafterversammlung getroffen. Sie bedürfen der Mehrheit von mindestens 75% der Gesellschafter und sind daher nur einvernehmlich zwischen Vattenfall und FHH/HGV möglich.

Ab diesem Zeitpunkt war es ein Leichtes für Vattenfall, den vom Ersten Bürgermeister mit der Planung betrauten grünen Senator Kerstan Schritt für Schritt in die von Vattenfall gewünschte Richtung zu treiben. Der Konzern brauchte nur zu allen ihm nicht gefallenden Vorschlägen **Nein** zu sagen.

Vattenfall wünscht wie schon beim Projekt der ersten Moorburgtrasse, die Fernwärme zum Ersatz des HKW Wedel aus seinem neuen Steinkohle-Heizkraftwerk Moorburg zu holen. Das hätte mehrere Vorteile für Vattenfall, die sich beim erwartbaren Verkauf des Heizkraftwerks auszahlen würden.

---

<sup>3</sup> Bürgerschaftsdrucksache 20/2392, 29.11.2011

<sup>4</sup> Bürgerschaftsdrucksache 20/10666, 28.1.2014

<sup>5</sup> Der Senat gab als Grund für die Verschiebung des Rückkaufs des Fernwärmesystems von 2014 auf 2019 an, Vattenfall müsse Steuerbeträge im dreistelligen Millionenbereich zahlen, wenn die Wärmegesellschaft vor 2019 veräußert würde. Diese würden zum Kaufspreis hinzukommen (Bürgerschaftsdrucksache 20/11237, 2.4.2014). Später stellte sich heraus, dass auch schon 2017 ein Rückkauf ohne Mehrkosten möglich gewesen wäre. Inzwischen hat sich gezeigt, dass ein sofortiger Kauf einschließlich dieser Erhöhungen sinnvoller gewesen wäre als die Verschiebung. Die Umweltverbände hatten dies schon 2014 vermutet.

Das Hamburger Fernwärmesystem würde Vattenfall gerne behalten. Für Hamburg wäre dies ein großer Verlust. Denn Vattenfall besäße in diesem Fall die Fernwärmelizenz auf ewige Zeiten. Im Gegenzug zum Erwerb der Vattenfall-Anteile an der Stromnetzgesellschaft erklärte der SPD-Senat nämlich den endgültigen Verzicht der FHH auf ein Rücktrittsrecht von dem im Jahre 2011 abgeschlossenen und ab 2015 geltenden neuen Sondernutzungsvertrag Wärme und die endgültige Beilegung des Rechtsstreits mit Vattenfall über die Endschaftsregelung aus dem Konzessionsvertrag von 1994 sowie den Verzicht auf mögliche Rechte aus dieser Regelung.

### 4. Das Vorgehen von Vattenfall

Im Lauf der Jahre 2016 und 2017 konnte sich Vattenfall mit seiner Nein-Strategie seinen Zielen mit folgenden Schritten nähern:

- Die industrielle Abwärme der Kupferhütte Aurubis, eine umfangreiche klimafreundliche Wärmequelle, durfte nicht für die Ersatzlösung Wedel eingesetzt werden.
- Unter sechs Szenarien für die Ersatzlösung Wedel, die am 1.9.2016 von der BUE öffentlich vorgestellt wurden, waren neben dem von der Umweltbehörde präferierten Szenario am Standort Stelling Moor („BUE-Szenario“) gleich drei Szenarien mit Trassen unterhalb der Elbe in Richtung der von Vattenfall betriebenen Müllverbrennungsanlage Rugenberger Damm (MVR). Ein Szenario enthielt sogar schon die vollständige Verbindung bis zum HKW Moorburg („Vattenfall-Szenario“).
- Ziemlich zeitgleich muss Senator Kerstan klar gemacht worden sein, dass Vattenfall nur einer Ersatzlösung mit einer Fernwärmetrasse nach Süden zustimmen würde.

Folgerichtig ging es für Senator Kerstan seither im Wesentlichen um die Frage, wie sich eine „Südvariante“ mit der neuen Moorburgtrasse in der Öffentlichkeit am besten „verkaufen“ lassen würde. Immerhin steht Fernwärme aus dem Kohle-HKW Moorburg in offensichtlichem Widerspruch zum Netze-Volksentscheid, der „eine sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung aus erneuerbaren Energien“ statt neuer Kohlewärme als Ziel vorschreibt.

Kerstans Erzählung war: Südlich der Elbe sei viel mehr erneuerbare Wärme zu holen als nördlich der Elbe – im Klärwerk Dradenau und, weniger bedeutend, bei zwei Industriebetrieben. Einem Anschluss des HKW Moorburg an das zentrale städtische Wärmenetz versprach er sich entgegenzustellen.<sup>6 7</sup>

Schon bei dieser Art von Ersatzlösung sollten die Umweltverbände die sog. MVR-Rochade schlucken. Die MVR liefert bisher die bei der Müllverbrennung entstehende Wärme fast vollständig an die nahe gelegenen Ölwerke Schindler. Im Rahmen der Südvariante sollen diese Ferndampf vom HKW Moorburg erhalten, so dass die Wärme der MVR frei würde für das zentrale städtische Fernwärmenetz. Die Umweltinitiativen kritisieren diesen Tausch als „indirekte Nutzung“ von Moorburg-Wärme.

---

<sup>6</sup> Im Koalitionsvertrag hatten 2015 die Grünen der SPD abgehandelt: „Ein Neuanschluss kohlegefeuerter Erzeugungsanlagen an städtische oder andere Wärmenetze wird von der Koalition weder angestrebt noch unterstützt. Dies gilt insbesondere für die sogenannte Moorburgtrasse.“

<sup>7</sup> „Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erwiderten, der Senat habe als Geschäftsgrundlage den Koalitionsvertrag, der einen Anschluss des Kohlekraftwerks Moorburg an die Fernwärmeversorgung nördlich der Elbe kategorisch ausschließe. Eine Änderung sei nicht vorgesehen.“ Bürgerschafts-Drucksache 21/10304, 6.9.2017

Um möglichst viele Hamburger auf ihre Seite zu ziehen, erklärte die BUE die Müllwärme der MVR im Hamburger Energienetzbeirat am 23.11.2017 als „fast CO<sub>2</sub>-frei“ – trotz der MVR-Rochade. Diese trickreiche CO<sub>2</sub>-Bilanzierung wird von neutralen Energie-Fachleuten heftig kritisiert und abgelehnt.

Als Folge der Südvariante mit hohen Kosten für die geplante Elbunterquerung und ohne Förderung für Kraft-Wärme-Kopplung ist bereits jetzt mit einer Erhöhung der Fernwärmepreise um bis zu 10 % zu rechnen. Das musste Senator Kerstan im Energienetzbeirat am 2.11.2017 eingestehen.

Einwänden gegen die Südvariante begegnete die BUE auf folgende Weise: Bei der Auswahl der besten Variante für die Ersatzlösung ließ sie die Südvariante nicht mit ihrem eigenen früheren Vorschlag, dem „BUE-Szenario“, vergleichen. Dieses „BUE-Szenario“ ähnelt dem Gas-Heizkraftwerk mit flexiblen modularen Gasmotoren, das derzeit von den Stadtwerken Kiel gebaut wird und 2019 in Betrieb gehen soll. Das Szenario wurde seither von den Umweltinitiativen weiterentwickelt und bildet als „NRO-Szenario“ gegenwärtig die eigentlich interessante Alternative zur Südvariante, die dieser hinsichtlich der meisten Kriterien überlegen sein dürfte.

### Netzschema (Nord-Variante)

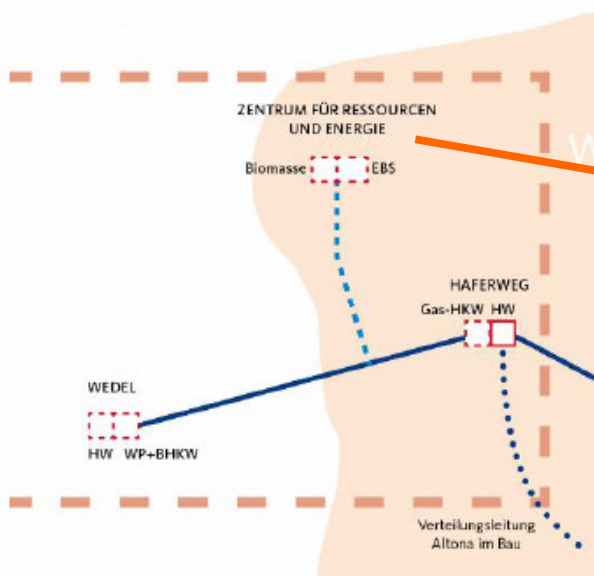


Abbildung 30: Mögliche Betriebsfläche nördlich des Betriebshofes der SRHH

Die BUE führte einen Vergleich mit einer ganz anderen Nordvariante durch, die absichtlich so konstruiert worden war, dass sie nach allen wesentlichen Kriterien schlechter abschneiden musste als die von ihr gewünschte Südvariante.

Bei der Komplexität des gesamten Projekts kann nicht verwundern, dass nur noch Fachleute in der Lage sind, die eingesetzten Schwindeleien zu durchschauen. Geradezu tragisch ist, dass sich unter dem Druck von Vattenfall ausgerechnet Repräsentanten der grünen Partei für dieses böse Spiel hergeben mussten.

- Senator Kerstan erwartete, dass bei der Aufsichtsratssitzung der VWH am 15.12.2017 der Partner Vattenfall dem in einer langwierigen Projektierung ausgearbeiteten Konzept einer Südvariante mit einer Abwasser-Wärmepumpe in Dradenau und mit der Nutzung industrieller Wärmequellen zustimmen würde. Vattenfall forderte jedoch stattdessen Kohle-Fernwärme aus dem HKW Moorburg.

## 5. Warum keine Nutzung der Moorburg-Wärme?

Das riesige Steinkohle-Kraftwerk Moorburg ist so konstruiert, dass es einen relativ hohen elektrischen Wirkungsgrad besitzt, gleichzeitig aber auch große Wärmemengen erzeugt, die aus technischen Gründen in Kühltürmen auf niedrige Temperaturen gekühlt werden müssen. Hinsichtlich der CO<sub>2</sub>-Emissionen ist es daher kaum besser als das 50 Jahre alte, störanfällige Heizkraftwerk Wedel, in dem der Brennstoff Steinkohle besser ausgenutzt wird als im HKW Moorburg.

Schon bei den Auseinandersetzungen um die erste Moorburgtrasse wurde von den Moorburg-Propagandisten die falsche Mär verbreitet, die „Abwärme“ des Kraftwerks sei „klimafreundlich“. Daher solle man sie doch nutzen, statt sie wegzuwerfen. Auch Behördensprecher der BUE haben sich diesen irreführenden Behauptungen bisweilen angeschlossen.

In Wirklichkeit muss bei einem Kondensationskraftwerk wie dem in Moorburg die Restwärme so weit heruntergekühlt werden, dass sie allenfalls noch für Fischzuchtanlagen, zur Spargelzucht und für Gewächshäuser verwendet werden könnte, nicht aber in dem bis zu 130 °C heißen Fernwärmenetz Hamburgs.<sup>8</sup> Wenn Ferndampf oder Fernwärme aus dieser Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlage ausgekoppelt werden soll, dann muss dafür zusätzliche Steinkohle eingesetzt werden. Nach längst bekannten hochrangigen Gutachten<sup>9</sup> sind dabei die begleitenden CO<sub>2</sub>-Emissionen für die Fernwärmeerzeugung kaum kleiner als die des alten Kohlekraftwerks Wedel.

Vattenfall ist an der Fernwärme-Auskoppelung nicht nur deshalb interessiert, weil dafür jahrelang viel Geld in Form von KWK-Förderung einzuheimsen ist. Wichtiger ist: Dieses Kraftwerk passt nicht zur Energiewende und wird zunehmend unprofitabler, wenn immer mehr erneuerbarer Strom zur Verfügung steht und die CO<sub>2</sub>-Abgaben steigen. Dann ist in ein bis zwei Jahrzehnten zu erwarten, dass mit dem Strom aus Moorburg nicht einmal mehr die Betriebskosten des Kraftwerks gedeckt werden können. Wenn jedoch 180.000 Hamburger Wohneinheiten ihre Heizwärme aus diesem Kraftwerk beziehen würden, dann müssten die Kunden den dauerhaften Weiterbetrieb bezahlen – mit steigenden Fernwärmepreisen. Die BUE hat deshalb selbst das HKW Moorburg als „nicht sichere Wärmequelle“ bezeichnet.<sup>10</sup>

Nicht zu vergessen: Wenn erst die durchgängige Moorburgtrasse 2.0 bis zum HKW Moorburg gebaut ist, kann Vattenfall billige Kohle-Fernwärme durch das Fernwärmenetz hindurchleiten und an neue eigene Kunden verkaufen.

Zum Erreichen der Klimaschutz-Ziele Hamburgs müssten dann teure Maßnahmen in anderen Verbrauchsbereichen eingesetzt werden.

---

<sup>8</sup> Nach der WELT vom 13.4.2001 heizt „Bauer Alfons Hester aus Castrop-Rauxel seinem Spargel mit der Abwärme aus dem Kraftwerkskühlturm kräftig ein.“ „Hester zapft die Abwärme aus dem Kühlturm des benachbarten Kraftwerks an und zahlt dafür an den Betreiber. Pro Stunde werden dann 100 000 Liter erwärmtes Wasser durch ein 30 Kilometer langes unterirdisches Rohrsystem gepumpt, das das Feld beheizt.“

<sup>9</sup> Pehnt, M. u. a.: Das Steinkohle-Kraftwerk Hamburg Moorburg und seine Alternativen, Nov. 2007; Groscurth, H.-M. u. a.: Basisgutachten zum Masterplan Klimaschutz für Hamburg, Nov. 2010

<sup>10</sup> „Das Kraftwerk Moorburg sei nicht als versorgungssichere Anlage zu betrachten. Aktuell zähle es zu den leistungsfähigsten Strom erzeugenden Anlagen in Deutschland. Wenn es in der Zukunft von der Bundesnetzagentur abgeschaltet werde, werde der Preis der Wärme stark ansteigen. Bislang habe Vattenfall erklärt, der Wärmepreis sei sehr niedrig. Im Falle von Abschaltungen müssten allerdings die Abschaltzeiten einkalkuliert werden. Die hamburgischen Abnehmer von Fernwärme hätten die höheren Kosten zu tragen. Außerdem sei zu betrachten, wie wirtschaftlich das Kraftwerk in den nächsten Jahren betrieben werden könne. Insofern werde das Kraftwerk Moorburg nicht als sichere Quelle betrachtet.“ Bürgerschafts-Drs. 21/10304, 6.9.2017

## 6. Rückkauf des Fernwärmenetzes oder Verbleib bei Vattenfall auf immer?

„Es wird in unserem Konzept keinen Anschluss von Moorburg geben“, betonte Senator Kerstan am 2. November 2017.<sup>11</sup> Im „Koalitionsvertrag Hamburg 2015 – 2020“ haben im Frühjahr 2015 SPD und Grüne vereinbart:

„Ein Neuanschluss kohlegefeuerter Erzeugungsanlagen an städtische oder andere Wärmenetze wird von der Koalition weder angestrebt noch unterstützt. Dies gilt insbesondere für die sogenannte Moorburgtrasse.“

Die von der BUE favorisierten Südvariante mit einer neuen Moorburgtrasse hat aber neben dem hohen Kostenrisiko eine offensichtliche Schwachstelle: Es kann weder technisch, noch vertraglich ausgeschlossen werden, dass ein zukünftiger Senat, dem die Grünen nicht angehören, den vollständigen Anschluss an das HKW Moorburg vollzieht.

Wie sich bei der Aufsichtsratssitzung am 15.12.2017 zeigte, kann der Anschluss aber noch schneller kommen. Schon vor dieser Sitzung berichteten mehrere gut informierte Beobachter, dass wahrscheinlich bereits in der laufenden Senatsperiode die von Vattenfall gewünschte Lieferung von Moorburg-Fernwärme ins städtische Netz vereinbart werden könnte.

Zur Erklärung muss man wieder einen Blick auf die **Verträge vom Frühjahr 2014** werfen. Der damals allein regierende SPD-Senat vereinbarte mit Vattenfall einen Mindestkaufpreis von 950 Mio. € für das gesamte Fernwärmesystem einschließlich der Unternehmenseinheit Wedel.<sup>12</sup>

In den letzten Jahren haben sich die energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen so verändert, dass nach Schätzungen der BUE der Unternehmenswert weit unterhalb dieses Mindestpreises liegt. Dass Vattenfall seit 2014 möglichst wenig in das Netz investiert hat, trägt hierzu bei. Die Kosten für die Fernwärmetrasse und der Verzicht auf Förderung für Kraft-Wärme-Kopplung verstärken diesen Effekt.

(B)	In diesem Fall berechnet sich der Kaufpreis Wärme wie folgt:
	100% des Integrierten Unternehmenswerts der Wärmegesellschaft Hamburg 2019 mit Wedel, mindestens aber EUR 950.000.000,00 (in Worten: neunhundert fünfzig Millionen Euro)
./.	EUR 325.045.000,00 (in Worten: dreihundert fünfundzwanzig Millionen fünfundvierzig Tausend Euro)
=	Kaufpreis Wärme

Wenn der „Integrierte Unternehmenswert“, der in Kürze gutachterlich ermittelt werden wird, sehr weit unterhalb des Mindestkaufpreises liegt, dann kann es für den Senat ziemlich schwierig werden, den Rückkauf zu vollziehen, da die Landeshaushaltsordnung dem entgegensteht.

Die Regierungsfractionen haben jedoch bereits sehr deutlich erklärt, dass sie den Rückkauf wünschen. Ein Verzicht auf den Rückkauf wäre ein Rechtsbruch. Für die Grünen wäre es eine große politische Schlappe.

<sup>11</sup> DIE WELT: Hamburgs Wärmeversorgung wird umweltfreundlich, 2.11.2017

<sup>12</sup> Bild aus dem Vertrag hg-vattenfall-vereinbarung-waerme vom 24.2.2014

Über folgenden Ausweg wird daher diskutiert: Die Wärme aus den erneuerbaren Wärmequellen südlich der Elbe muss im Winterhalbjahr noch auf die im Netz notwendigen Temperaturen von bis zu 130 °C aufgeheizt werden. Hierfür war bisher der Einsatz von Erdgas vorgesehen, das viel teurer ist als Steinkohle. Der „Ertragswert“ des Fernwärme-Unternehmens ließe sich also anheben, wenn der Brennstoff Erdgas durch Fernwärme aus dem HKW Moorburg ersetzt werden würde.

- Verzicht der HGV auf die Rückabwicklung der 2011 geschlossenen Verträge (zur 25,1%igen Beteiligung der HGV an der Stromnetz Hamburg und der Vattenfall Wärme Hamburg GmbH) wegen der Annahme des Volksentscheids „Unser Hamburg-Unser Netz“,
- endgültige Beilegung des Rechtsstreits über die Endschaftsregelung aus dem Konzessionsvertrag von 1994 und Verzicht auf mögliche Rechte aus dieser Regelung,
- endgültiger Verzicht der FHH auf das Rücktrittsrecht vom im Jahre 2011 abgeschlossenen neuen Sondernutzungsvertrags Wärme und

Das Dilemma, vor dem der grüne Senator Kerstan nun steht: Entweder Verzicht auf den Rückkauf des Fernwärmenetzes – und zwar nach dem Vertrag für alle Zeiten<sup>13</sup> – oder Nutzung von Kohle-Fernwärme aus Moorburg mit den entsprechenden Umweltschäden durch hohe CO<sub>2</sub>-Emissionen.

Ob sich Vattenfall mit einem relativ geringen Zuwachs an Moorburgwärme zufrieden geben würde, ist zweifelhaft. Wenn erst einmal der Damm für die Nutzung der klimaschädlichen Fernwärme aus Moorburg im Hamburger Fernwärmesystem gebrochen ist, dann würde es sehr schwer sein, noch erfolgreich gegen Erweiterungen vorzugehen. Der Druck würde steigen, auf die klimafreundlichen, aber teureren Wärmequellen südlich der Elbe zu verzichten und Kohle-Fernwärme aus Moorburg einzusetzen. Damit wäre Vattenfall an seinem Ziel.

**Einen Ausweg sehen die Hamburger Umweltinitiativen, wenn anstelle der Südvariante doch die ursprünglich von der BUE favorisierte Nordvariante gebaut werden würde – in weiterentwickelter Form als „NRO-Nordvariante“ mit dem Standort Stelling Moor.**

Vattenfall wird blockieren. Nach einem Rückkauf am 1. Januar 2019 fällt der Druck von Vattenfall jedoch weg. In die Südvariante wird bis dahin noch nichts investiert worden sein. Der Bau der Südtrasse wird wegen zu erwartender Klagen wahrscheinlich noch nicht einmal vor der nächsten Bürgerschaftswahl im Frühjahr 2020 beginnen können. Im Jahr 2019 könnte der Senat daher die Planung der Ersatzlösung Wedel noch einmal überdenken. Vielleicht handelt er ja weise und beachtet die Vorgaben des bindenden Netze-Volksentscheids: Rückkauf und Einhaltung der Zielsetzung des 2. Satzes des Netze-Volksentscheids.

**Es erfordert sicher einige Wendigkeit. Aber es ist noch nicht auszuschließen, dass die Grünen und die SPD diesen Ausweg einschlagen werden, um vor der nächsten Bürgerschaftswahl den Rückkauf des Fernwärmesystems, den Ausschluss der Moorburg-Fernwärme und bezahlbare Fernwärmepreise vorweisen zu können. Damit könnten sie auch Frieden mit den Hamburger Umweltinitiativen schließen.**

---

<sup>13</sup> Bild aus der Bürgerschaftsdrucksache 20/10666 (28.1.2014) „Umsetzung des Volksentscheids über die Hamburger Strom-, Fernwärme- und Gasleitungsnetze“